

(Minister Dr. Fritz Behrens)

- (A) erste Gedanken und Ideen entwickelt, und wir werden sie dem Ausschuß vortragen. Diese werden wir notfalls auch dem Plenum vortragen, denn am Ende wird es auch immer wieder um Geld gehen, und dann werden wir uns spätestens in weiteren Haushaltsberatungen mit dieser Frage auseinanderzusetzen haben.

Dieser Haushalt bietet die Schwerpunkte, die Sie einfordern, nämlich Runderneuerung der Justiz. Ich meine, damit bliebe das Schiff auch in schwerer See auf Kurs, wenngleich ich zugebe, daß sich dieser Kurs, meine Damen und Herren, auch in Richtung auf eine moderne Dienstleistungseinrichtung Justiz ändert. Ich glaube sagen zu dürfen, daß dies von allen hier im Landtag vertretenen Fraktionen unbedingt gewollt ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Minister Dr. Behrens. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich **schließe** deshalb die **Beratung** zum Einzelplan 04.

- (B) Wir **stimmen** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2604 ab**. Wer dieser **Beschlußempfehlung** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Koalitionsfraktionen. Wer **stimmt** dagegen? - CDU-Fraktion. Gibt es **Stimmenthaltungen**? - Das ist nicht der **Fall**. Damit ist der Einzelplan 04 entsprechend der **Beschlußempfehlung** mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11: Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2611**. Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile Frau Kollegin van Dinther für die Fraktion der CDU das Wort.

Regina van Dinther (CDU)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Vorstellung des Haushalts des Gleichstellungsministeriums im Frauenausschuß habe ich für die CDU begrüßt, daß wir einen ehrlichen Haushaltsplan vorgelegt

bekamen, in dem der Fachausschuß sehr wohl erkennen konnte, welche Einzelpositionen eingepplant sind, an welchen Titeln gespart und bei welchen Titeln draufgesattelt werden sollte. Nach der Abschlußberatung und der Vorlage des Ergänzungsbandes sind wir jedoch wieder genauso schlau wie vorher: Die globale Minderausgabe in Höhe von 2,3 Millionen DM kann nun dort eingespart werden, wo das Ministerium das will. Wir Abgeordneten sind - wie im letzten Jahr - nicht beteiligt und nicht gefragt.

Doch dann kamen noch die neuen Anträge auf den Tisch. Durch die Koalition wurden mehr Mittel veranschlagt, als über die globale Minderausgabe eingespart werden muß. Meine Damen und Herren, die Kritik an diesen neuen Anträgen bezieht sich nicht in erster Linie auf die Aufgabenstellung, die sich das Land damit vorgeknöpft hat und bei der es in erster Linie rund um das Thema "Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen" geht. Dazu haben wir in dieser Legislaturperiode schon das Unsere gesagt. Auch wir sind der Meinung, daß das Land gerade in dieser Beziehung ein Konzept vorlegen soll und auch eine finanzielle Beteiligung des Landes insbesondere zur Unterstützung der vielen örtlichen Initiativen, die sich der Arbeit gegen den Mißbrauch an Kindern gewidmet haben, einzufordern ist.

Doch das, was uns mit den Anträgen der Koalition bevorsteht, ist folgendes: Über das Frauenministerium werden ausschließlich autonome Frauengruppen gefördert, die sich um die sexuell mißhandelten Mädchen oder Frauen kümmern sollen. Unser Antrag im Frauenausschuß, das Geld einer pluralen Trägerlandschaft zur Verfügung zu stellen, wurde abgelehnt.

Meine Damen und Herren, eines wird daran deutlich: Der große Partner SPD, der - ebenso wie wir - früher einmal für Pluralität in diesem Land einstand, die für uns einen sehr, sehr hohes Gut ist, macht einen Rückzieher. Wir alle wissen doch, daß die klassischen Trägerverbände wie etwa die Diakonie, die Caritas und die Arbeiterwohlfahrt in diesem Lande viele soziale Aufgaben übernommen haben und wir ohne deren Mitwirkung sehr viel mehr Mittel in den Landeshaushalt einstellen müßten. Alle diese Gruppen sollen also nicht mehr berücksichtigt werden, sondern das neue Geld schiebt man ausschließlich in die eine Richtung, nämlich in die der autonomen Frauengruppen. Ich möchte aber nicht falsch verstanden werden: Für die CDU gehören diese autonomen

(C)

(D)

(Regina van Dinter [CDU])

- (A) Gruppen durchaus auch zu einer pluralen Trägerlandschaft, aber eben nicht ausschließlich.

Ein weiterer großer Batzen, der für die Arbeit mit mißhandelten Kindern vergeben werden soll, wird wohl im nächsten Jahr über den Landesjugendplan verausgabt. Allerdings wird dieses Geld dann nicht mehr den normalen Jugendverbänden zur Verfügung gestellt, sondern es werden - wie wir annehmen - etwa 10 Millionen DM aus dem Landesjugendplan herausgenommen und dann in diesen Arbeitsbereich hineingesteckt. Die Arbeit begrüßen wir zwar; aber das Geld wird einer Gruppe weggenommen, die eigentlich ein klassisches Arbeitsfeld abdeckt. Die ehrenamtlich tätigen Jugendlichen werden bestraft. Das Geld wird ihnen weggenommen, genauso wie es auch anderen Ehrenamtlichen an den Kragen geht.

Auch in unserem Frauenhaushalt ist nämlich den ehrenamtlich Tätigen für 1998 einiges an Mitteln gestrichen worden. Beispielsweise werden die Mittel für Weiterbildungsangebote für ehrenamtlich Tätige komplett gestrichen. Bisher waren es 1,2 Millionen DM. Auch dem Landesfrauenrat signalisiert man seine "Wertschätzung" durch die niedrigsten öffentlichen Fördermittel, die es in dieser Bundesrepublik überhaupt gibt.

- (B) Meine Damen und Herren, in besseren Zeiten gab das Land schon einmal 6 Millionen DM für die Weiterbildung ehrenamtlich Tätiger aus. Diese Mittel standen früher einmal im Haushalt.

(Ministerin Ilse Ridder-Melchers: Bei uns?)

- Nein, im Haushalt von Herrn Horstmann. Aber das gehört dazu, weil diese Mittel vor allem Frauen zur Verfügung standen. Deshalb muß hier darüber mitdiskutiert werden. - Im Haushalt 1997 standen unter diesem Posten noch 1,2 Millionen DM. Im aktuellen Haushalt sind diese Mittel gänzlich gestrichen worden.

Noch weniger überzeugend ist der Umgang des Gleichstellungsministeriums mit dem Landesfrauenrat. Das Land überweist ganze 40 000 DM.

(Lothar Hegemann [CDU]: Lächerlich!)

Die Anweisung des Landes, der Landesfrauenrat dürfe keinen 610-DM-Arbeitsvertrag für seine Schreibkraft abschließen - das unterstützen wir durchaus -, bedeutete für den Landesfrauenrat zwar erheblich höhere Kosten; das Land war allerdings bisher nicht bereit, für diese höheren Kosten dann auch einzustehen.

Im Hinblick darauf, daß das Land bei sehr vielen Landesarbeitsgemeinschaften - angefangen bei der Landesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen Gleichstellungsstellen bis zur Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenberatungsstellen - Geschäftsstellen komplett finanziert, und das nicht nur mit Teilzeitsekretärinnen, ist der Umgang mit dem Landesfrauenrat aus unserer Sicht besonders bedauerlich. Dort sind nämlich über 70 Frauenverbände organisiert. Und da Nordrhein-Westfalen das größte Bundesland ist, empfinde ich es als ziemlich beschämend, wenn ich mir einmal die Liste anschau, aus der hervorgeht, in welcher Weise andere Länder ihre Landesfrauenräte unterstützen:

Beispielsweise gibt Baden-Württemberg 120 000 DM im Jahr, Berlin 59 000 DM. In Brandenburg sind es 40 000 DM plus 1,5 Stellen. Hamburg gibt 170 000 DM, Hessen 350 000 DM. In Mecklenburg-Vorpommern sind es 90 000 DM und in Niedersachsen 130 000 DM. Ich könnte weitere Beispiele anführen. Auch die anderen geben mehr als Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch darauf zu sprechen kommen, wie das Ministerium mit den Trägern umgeht: Uns erreichen viele Zuschriften, in denen sich Antragsteller beklagen, weil sie sich nicht ernst genommen fühlen. Ist das Geld noch nicht flüssig, muß es zunächst formlos beantragt werden. Dann kommt das Geld aber immer noch nicht. Zunächst müssen Richtlinien erlassen werden. Dann wiederum passen die Trägerkonzepte nicht zu den Richtlinien. Also gibt es für dieses Jahr kein Geld.

Noch schlimmer ist es, wenn die Träger einen Personaleinsatz planen. Der alte Grundsatz, Beschäftigte am liebsten sozialversichert einzusetzen, wird dabei oft ad absurdum geführt. Honorarkräfte sollen eingesetzt werden - so geschehen beim Frauennotruf im letzten Jahr. Oder noch schlimmer: Projekte, die sich um obdachlose Frauen kümmern und die nach der ursprünglichen Planung über einen Dreijahreszeitraum gehen sollten, konnten überhaupt nicht angefangen werden, weil das Land nur Stellen mit Dreimonatsverträgen akzeptierte.

Bei diesen Rahmenbedingungen kann kein Träger ordentlich planen und ist das Geld, das ausgegeben wird, häufig für die Katz; denn qualifiziertes Personal für diese schwierigen Aufgaben ist nicht mit Dreimonatsverträgen zu ködern.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Regina van Dinter [CDU])

- (A) Meine Damen und Herren! Wir werden im Haushaltsjahr 1998 viele frauenpolitische Themen haben. Wir werden das Frauenfördergesetz beraten - jedenfalls dann, wenn es vorgelegt wird, aber das hoffe ich doch stark. Wir werden versuchen, die Chancen der Frauen im öffentlichen Dienst zu steigern und den Beschäftigten mit Familienpflichten zu mehr Flexibilität zu verhelfen. Wir werden mit Sicherheit auch das Thema "Frauen und Hochschulen" behandeln müssen, denn dort ist außer bei der Anzahl der Studierenden für Frauen noch nicht viel passiert. Auch dort sind die Mittel in den letzten Jahren - auch die für Frauen - gekürzt worden, und wir sind nur wenig vorangekommen.

Ganz besonders werden die Frauen im Land Obacht geben, wenn die Veränderungen beim Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder anstehen. Vor allen Dingen die Erzieherinnen und die Mütter in diesem Land werden sich sehr dafür interessieren, was dort geschieht. Schon haben nämlich aufgrund des Zehn-Punkte-Planes von Herr Matthiesen die ersten jungen Frauen keine Einstellung im Anerkennungsjahr mehr bekommen. Diese Entwicklung werden auch wir als Frauenausschuß aus unserer Sicht aufmerksam begleiten müssen.

- (B) Wir werden uns auch weiter um die Arbeitslosigkeit kümmern müssen, denn das ist, glaube ich, das Hauptproblem dieses Landes. Meine Kollegen Meyer und Arentz haben schon darauf hingewiesen; deshalb brauche ich das hier nicht intensiver zu tun. Wir wissen aber, daß in der Bevölkerung der Konsens darüber, daß die Politik gerade an dieser Stelle aktiv werden muß, sehr groß ist.

Deshalb haben wir als CDU auch in den Fachausschüssen nur wenige Anträge zu den konkreten Haushalten gestellt. Denn wir meinen, die eigentliche Aufgabe dieses Landessparlaments liegt darin, den Landeshaushalt so umzugestalten, daß alle Mittel aktiviert werden, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die CDU hat einen großen Antrag dazu gestellt. Es wäre schön gewesen, wenn sich die Koalition angeschlossen hätte und wir tatsächlich die Investitionsquote nach oben hätten treiben können. Das ist leider in den Einzelplanberatungen nicht passiert. Wir erwarten auch nicht, daß das jetzt noch geschieht.

Diesem Anliegen, daß hier in Nordrhein-Westfalen vor allen Dingen an der Arbeitslosigkeit etwas getan werden muß, daß Mittel aktiviert werden müssen, damit neue Arbeitsplätze geschaffen

werden, wird leider auch der Frauenhaushalt nicht gerecht. Vor allem werden auch die Ergänzungsanträge, die eingebracht worden sind, diesem Anliegen nicht gerecht. Deswegen werden wir dem Haushalt auch nicht zustimmen. - Danke schön. (C)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau van Dinter. - Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Speth.

Brigitte Speth (SPD)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau van Dinter, das war ein Sammelsurium von Falschaussagen. Ich werde Ihnen das an einigen Punkten nachweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Punkt: Sie behaupten in Ihrer Rede, daß das Frauenministerium fast ausschließlich autonome Frauengruppen fördere. Dieses ist falsch. Es dient zur Legendenbildung, damit Sie begründen können, warum Sie die Anträge der Koalition abgelehnt haben.

Das Frauenministerium fördert in fast allen Bereichen genau das, was Sie sich wünschen, nämlich ein plurales Angebot. Ich nenne beispielhaft die Frauenhäuser. Ich nenne beispielhaft die Mädchenhäuser, bei denen übrigens - wir fördern drei - die Pluralität darin besteht, daß ein kommunales, eines von der Arbeiterwohlfahrt und ein autonomes gefördert wird. Ich darf einen anderen Bereich nennen, den Sie ja auch in Ihrer Rede herangezogen haben, der aber mit dem Einzelplan 11 überhaupt nichts zu tun hat, nämlich die §-218-Beratungsstellen. Diese sind nun äußerst plural. (D)

Es gibt nur zwei Ausnahmen, und dazu gab es immer Konsens im Frauenausschuß. Das ist eine ist die Förderung von autonomen Beratungsstellen - dazu haben Sie übrigens nichts gesagt; das will ich auch einmal deutlich machen -, und das andere ist die Förderung der Notrufe. Nun ist es so, daß die Notrufe - ich kenne keine anderen - von autonomen Frauen betrieben werden. Deshalb steht das so im Haushalt, und ich finde, das gehört auch zur Ehrlichkeit. Wo ist das Problem? - Also, die Forderung nach Pluralität ist im Frauenhaushalt mit Sicherheit erfüllt. Im übrigen lege ich selber großen Wert darauf.

(Brigitte Speth [SPD])

- (A) Zweiter Punkt: Es ist natürlich richtig - das stimmt im Vergleich zum vergangenen Jahr -, daß Sie sich an den Haushaltsberatungen beteiligt haben. Immerhin haben Sie eine Steigerung von null Anträgen aus dem letzten Jahr zu einem einzigen Antrag in diesem Jahr zu verzeichnen.

Dazu, Frau von Dinther, sage ich Ihnen aber noch einmal deutlich: Einen Erhöhungsantrag zu stellen, ist nett. Aber die Deckung nun ausgerechnet aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit zu nehmen, das ist schon eine ganz schwierige Geschichte. Ich sage Ihnen auch, warum: weil das Frauenministerium auf seine Mittel für Öffentlichkeitsarbeit angewiesen ist, um in der Bevölkerung, auch bei den Männern, etwas zu bewirken, was wir immer mit Bewußtseinsänderung bezeichnen. Ich halte das für fundamental wichtig. Deshalb haben wir diesen Antrag auch abgelehnt.

(Beifall der Marianne Hürten [GRÜNE])

Nun zu einem dritten Punkt, dem Sie eine lange Passage gewidmet haben. Natürlich stimmt es, daß bei den Richtlinien zu dem Teilbereich Notrufe die Arbeit lange gedauert hat. Aber was Sie verschwiegen haben, ist, daß das Geld für die Notrufe erstmals im letzten Haushaltsjahr bewilligt worden ist.

- (B) (Ewald Groth [GRÜNE]: Aber nicht von der CDU!)

- Nein, nicht von der CDU, sondern das hat die Koalition erreicht. Das wollen wir einmal deutlich festhalten. Danke schön für den Zwischenruf!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Während des Haushaltsjahres 1997, also im laufenden Haushaltsjahr - das wissen wir alle, und das ist immer ein schmerzlicher Prozeß -, gab es eine Haushaltssperre. Diese hat selbstverständlich die Mittel reduziert.

Das zweite ist, daß es in diesem Zusammenhang - und darauf weise ich sehr deutlich hin - zur Redlichkeit gehört, daß alle Gelder, die hier an die Frauen, die die Einrichtungen betreiben, weitergegeben werden, auch Richtlinien unterworfen werden müssen. Es müssen also erst einmal Richtlinien geschrieben werden. Geld ohne Richtlinien zu verteilen, halte ich für falsch. Deshalb brauchen wir vernünftige Richtlinien.

Und, Frau von Dinther, hier haben Sie nun wieder etwas Falsches gesagt: Hier geht es nicht um eine Stellenförderung - damit das ganz klar ist -,

sondern es geht um eine Projektförderung. Das sind völlig andere Verhältnisse. (C)

Meine Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf der Landesregierung stand unter dem Diktat erheblicher finanzwirtschaftlicher Zwänge für das Land Nordrhein-Westfalen. Die Ursachen - das wiederhole ich gerne, es ist heute schon ein paarmal gesagt worden - liegen in dramatischen Fehlentscheidungen auf Bonner Ebene. Das wollen wir einmal festhalten. Darunter leiden die Länder, und darunter leiden auch die Städte und Gemeinden.

(Roland Appel [GRÜNE]: Bonner Pleitegeier!)

Ich füge hinzu: Was von der Bonner Regierung gemacht wird, sind nicht nur Haushaltskürzungen, die wir machen müssen, sondern dadurch, daß unsere Städte kaputtgespart werden, ist das strategische Mittel der Bundesregierung ein verwerfliches.

Sie höhlt nämlich die gemeindliche Selbstverwaltung aus. Das ist ein strategisches Ziel - das muß man immer im Zusammenhang sehen -, das auf Dauer ungeheuer gefährlich ist, weil die Räte in den Städten und Gemeinden eigentlich nur noch die Chance haben, die Hände für ihre eigenen Kürzungen hochzuheben, aber kaum noch in die Lage versetzt werden, gestaltend für die Menschen zu wirken, für die sie eigentlich gewählt werden. Diese Gefahr besteht allemal, und unter solchen Zwängen stand auch der Haushaltsentwurf der Landesregierung. (D)

Trotzdem - und das begrüße ich sehr - hat die Landesregierung richtig reagiert. Sie hat in einigen Teilbereichen Kürzungen vornehmen müssen. Aber sie hat in anderen Teilbereichen ihre Schwerpunktsetzung ausdrücklich gesichert beziehungsweise zum Teil ausgebaut. Ich nenne die Bereiche, die Schwerpunktsetzung waren und sind. Das ist einmal die Frauenberatung von der reinen Frauenberatungsstelle bis hin zu einer Beratungsstelle, die sich mit dem Handel von ausländischen Mädchen und Frauen befaßt; das ist ein ganzes Spektrum. Das zweite wichtige Paket ist die Hilfeleistung für von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen. Der dritte Teil ist die Frauenförderung im Beruf.

Bei dem letzten Punkt lassen wir uns nun einmal überhaupt nichts vormachen. Seit Jahren ist es das Programm der SPD-Landesregierung und der Koalitionsregierung - heute der Koalitionsfraktio-

(Brigitte Speth [SPD])

(A) nen -, daß die Frauenförderung im Beruf ein wichtiges Essential unserer Politik ist. Dazu gehören zum Beispiel die Regionalstellen Frau und Beruf. Diese Mittel sind im Landeshaushalt nicht gekürzt worden. Immerhin wenden wir für diesen Bereich 7,3 Millionen DM im Frauenhaushalt auf. Hinzu kommen EU-Mittel in erheblicher Höhe.

Wir brauchen uns also nicht Belehrungen anzuhören, die sagen, daß dieser Haushalt die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit nicht zum Mittelpunkt seines Interesses macht. Das Gegenteil ist der Fall. Gerade die SPD-Fraktion steht dafür, daß die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und damit verbunden die Bekämpfung der Perspektivlosigkeit und der drohenden Armut von Familien - in diesem Zusammenhang muß man auch immer die besonderen Biographien von Frauen erwähnen - ein Schwerpunkt unserer Politik sind. Und ich halte das nach wie vor für richtig und notwendig.

Ich sage deutlich dazu, daß ich in dem Bereich gerne sehr viel mehr tun würde. Insofern hat es mich sehr verwundert, daß die CDU-Fraktion sich nicht in der Lage gesehen hat, dem Erhöhungsantrag zum Dienstleistungspool zuzustimmen. Das wundert einen doch sehr. Hier beklagen Sie, daß wir nicht genug gegen Arbeitslosigkeit von Frauen täten, aber im Ausschuß heben Sie zu entsprechenden Initiativen nicht die Hände. Gerade der Dienstleistungspool ist etwas, von dem doch auch die CDU-Fraktion immer - aber nur verbal - sagt, das es ein wichtiges Mittel sei, um Frauen aus der Schwarzarbeit herauszuführen, um Frauen aus den sozial ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen herauszuführen. Und da machen wir einen Erhöhungsantrag, und die CDU verabschiedet sich. Sie sagt allerdings dazu - das ist dann eine ganz neue Argumentation -, sie wünsche sich, daß dieses privat organisiert werde. Ja, liebe Frau van Dinther, dann helfen Sie mit, daß diese 610-Mark-Verhältnisse bei den Verhandlungen in Bonn mindestens zum Teil abgeschafft werden. Das wäre eine riesen Hilfe. Umgekehrt sind wir dann bereit, Ihnen zu helfen, wenn es um die Steuererleichterung für Pools geht. Sie verlangen das von uns, aber ich finde, Sie sollten da auch selber einmal ein Schrittchen gehen. Das würde nämlich uns allen helfen.

Leider - ich sage ausdrücklich: leider - müssen wir sehr viel Geld in einem Bereich ausgeben, von dem ich immer mal gehofft habe, daß wir ihn auf Dauer nicht mehr brauchten. Das ist der sensible Bereich: Gewalt gegen Frauen und Kinder. Hier sahen sich die Koalitionsfraktionen bewogen, in

diesem ganzen Bereich eine Veränderung herbeizuführen, nämlich einen Erhöhungsantrag zu stellen. Das betrifft verschiedene Haushaltstitel. Insgesamt geht es um Erhöhungen in einem erheblichen Ausmaß, nämlich insgesamt um ungefähr 3,6 bis 3,7 Millionen DM. Hier hatte der Haushaltsentwurf der Landesregierung mit Sicherheit eine deutliche Lücke. Das haben die beiden Koalitionsfraktionen korrigiert. Ich bin dafür sehr dankbar, weil wir für diesen Bereich die Hilfe auf Dauer immer noch brauchen werden. Ich persönlich hoffe aber, daß wir irgendeinmal zu einer etwas gewaltfreieren - ich bin ja schon sehr vorsichtig - Gesellschaft kommen können. Das ist übrigens ein Beitrag dazu. Es geht nämlich nicht nur um Hilfen - was schon wichtig ist -, sondern es geht auch um Prävention und um Beratung.

Meine Damen und Herren! Ich muß noch einen formalen Aspekt ansprechen. In die Ausschußempfehlung hat sich nämlich ein Druckfehler eingeschlichen; ich sage mal: es ist ein Druckfehler, der mir eigentlich gefällt. Im Kapitel 11 030 Titel 684 20 wird laut Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses der Baransatz um 7,5 Millionen DM erhöht. Das wäre schön, es ist aber falsch. Hier ist nämlich eine Zehnerpotenz zuviel. Korrekt muß es heißen: Erhöhung um 750 000 DM. Der Ehrlichkeit halber wollen wir dies nicht verschweigen. Es wäre allemal bis zur 3. Lesung aufgefallen.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich sagen, daß mit den Ergänzungen zum Frauenhaushalt - Haushalt 011 - die Koalitionsfraktionen eine gute Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre verabschiedet haben. Für die SPD sage ich, daß wir weiter mit Herz und Verstand für die Frauen und die Mädchen in diesem Lande eintreten werden. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Kollegin Speth. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Hürten.

Marianne Hürten (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau van Dinther, ich verstehe überhaupt nicht, warum Sie nicht bei den anderen Häusern das Wort ergreifen, wenn die hier zur Debatte stehen. Ich habe das in der Vergangenheit mehrfach getan. Heute habe ich aufgrund von Arbeitsbelastung darauf verzichtet.

(C)

(D)

(Marianne Hürten [GRÜNE])

- (A) Die Fragen, was im Haushalt des Sozialministers für Frauen eingestellt ist, was für den Bereich der Kinderbetreuung, für Fortbildung und ehrenamtliche Maßnahmen und was für den Bereich des Wissenschaftsministeriums eingestellt ist, können doch dort wirklich ausführlich diskutiert werden. Hier fand ich es nun wirklich angebracht, speziell und sehr konkret auf den Haushalt des Gleichstellungsministeriums einzugehen. Sie aber starten irgendwelche Ausweichmanöver.

Es wird Sie insgesamt nicht verwundern, daß ich zu einer völlig anderen Einschätzung komme als die CDU. Obwohl die Haushaltsberatungen unter schwierigen Rahmenbedingungen stattgefunden haben, ist es uns auch in den diesjährigen Beratungen wieder gelungen, den Haushalt des Gleichstellungsministeriums zu stärken, Kürzungen auszugleichen und mehr Geld für Frauenpolitik zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das verdeutlicht, welch hohen Stellenwert die Frauenpolitik für uns, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hat und wie wichtig es uns ist, mit dieser Koalition auch ein positives Signal für die Frauen und die Frauenprojekte in Nordrhein-Westfalen zu geben.

- (B) Ich stelle also fest: Die uns heute vorliegende Beschlußempfehlung zum Einzelplan 11 für das Jahr 1998 ist wieder ein Beleg dafür, daß die Koalition frauenpolitisch ein Gewinn ist.

Damit ich auch dieses Jahr zu dieser positiven Bewertung kommen konnte, bedurfte es allerdings des intensiven Einsatzes auch meiner Fraktion in den Haushaltsberatungen, nicht nur zur Weiterentwicklung, sondern zunächst zur Schadensbegrenzung. Denn der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung sah im Einzelplan 11 durchaus an verschiedenen Stellen Kürzungen vor. Frau Speth hat die Gründe dafür hier treffend erläutert. Sie sind in einer Stadt am oberen Lauf des Rheins gelegen. Wir wissen das alle. Wir hätten es aber gerade in bezug auf das Gleichstellungsministerium durchaus für angemessen und in Anbetracht der vergleichsweise geringen Ansätze auch finanzpolitisch für vertretbar gehalten, im Einzelplan 11 bereits im Haushaltsentwurf auf Kürzungen zu verzichten. Das hätte Irritationen und Verunsicherungen im Bereich der Frauenprojekte vermieden.

Lassen Sie mich nun auf einige konkrete Schwerpunkte eingehen, zunächst auf das wichtige The-

ma sexuelle Gewalt! Ich will an dieser Stelle zunächst noch einmal an einen Antrag erinnern, den SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im November 1996, also vor etwas mehr als einem Jahr, unter der Überschrift "Sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen bekämpfen" vorgelegt haben. Neben der Verbesserung von Aufklärung, Information und Prävention, neben der Schaffung mädchengerechter Strukturen und der Förderung von Mädchenarbeit in der Schule und der Jugendhilfe wurde dort unter anderem die Förderung spezialisierter Beratungsstellen und die Sicherung und Weiterentwicklung von Zufluchtsmöglichkeiten gefordert. Eine Umfrage bei unseren grünen Ratsfraktionen zu der kommunal vorhandenen Infrastruktur zur Unterstützung von jugendlichen Opfern sexualisierter Gewalt im allgemeinen und betroffenen Mädchen im besonderen hat den dringenden Handlungsbedarf hier ausdrücklich bestätigt. Es gibt zuwenig spezialisierte Beratungsstellen, und es gibt vor allem zuwenig Zufluchtstätten für Mädchen.

Deshalb machen wir in diesem Jahr erneut einen Anlauf und stocken den im Haushaltsentwurf gekürzten Ansatz für Mädchenhäuser um 600 000 DM auf. Darüber hinaus wollen wir den Titel umbenennen. Zum einen wollen wir verdeutlichen, daß es um Zufluchtstätten für Mädchen geht, die daraus gefördert werden, und zum anderen wollen wir nicht, daß die Vergabe der Mittel an zu engen Begriffsdefinitionen scheitert. Deshalb wollen wir der Ministerin ausdrücklich die Möglichkeit geben, auch andere innovative Projekte für von sexualisierter Gewalt betroffene Mädchen, zum Beispiel Notschlafstellen oder besonders betreute Wohngruppen zu fördern.

Auch wenn der Landesjugendplan noch nicht entsprechend neu ausgerichtet werden konnte, auch wenn noch kein Jugendförderungsgesetz vorgelegt werden konnte, wollen wir, daß weitere Hilfsreinrichtungen geschaffen werden und die Landesregierung hier finanzielle Unterstützung leistet. Wir wollen ausdrücklich eine Weiterentwicklung des Angebots ermöglichen.

Um eine qualitative und quantitative Weiterentwicklung des Angebots geht es uns auch bei der Verdreifachung der Mittel des Titels 684 40. Nachdem dieses Jahr die Fördermöglichkeit für Selbstbehauptungskurse für Mädchen an Schulen auf wirklich sehr große positive Resonanz gestoßen ist, wollen wir für diesen Zweck mehr Geld zur Verfügung stellen. Darüber hinaus soll die Förderung von Supervision und Fortbildung zum

(C)

(D)

(Marianne Hürten [GRÜNE])

(A) Thema Gewalt gegen Frauen und Kinder wieder stärker erfolgen.

Außerdem wollen wir die Unterstützung der Vernetzung von Hilfsangeboten ermöglichen. Wir haben festgestellt, daß der Mangel an Vernetzung vor Ort ein sehr großes Problem ist. Beispielsweise wurde auf der Jahrestagung von Pro Familia berichtet, daß ganze 14 Stellen mit einer Familie befaßt waren, die von sexualisierter Gewalt betroffen war, 14 Stellen, die sich zum Teil eher behinderten, als konstruktiv und ergänzend miteinander arbeiten zu können. Vernetzung ist aber zunächst zusätzliche Arbeit. Sie erfordert zusätzliche Kompetenzen, Konzepte und fachliche Unterstützung, die ebenfalls aus diesem Titel gefördert werden sollen.

1,25 Millionen DM werden wir unter dem Titel "Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben von Fraueninitiativen, die gegen sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen tätig sind" insbesondere den Notrufen zukommen lassen. Dieser Titel hatte sich eben bereits großen Interesses erfreut. Diesen Titel hatten wir im vergangenen Jahr neu eingerichtet. Zur großen Enttäuschung der Fraueninitiativen kam es erst im Herbst dieses Jahres zu einer Förderung geringen Umfangs. Parallel dazu wurde der Titel im Haushaltsentwurf der Landesregierung auf Null gestellt.

(B) Mit der deutlichen Aufstockung dieses Titels wollen die Koalitionsfraktionen ein klares Signal geben, daß ihnen die Förderung der Arbeit der Notrufe und vergleichbarer Initiativen ein wichtiges Anliegen ist. Schwerpunkte der Notruferarbeit liegen in der direkten Unterstützung von Frauen und Mädchen als Opfer sexualisierter Gewalt, der Krisenintervention und der Prozeßvorbereitung und -begleitung. Um es hier auf den Punkt zu bringen: Ohne den Notruf Düsseldorf, der eng mit der Frauenberatungsstelle Düsseldorf kooperiert, wäre beispielsweise das Zeuginnenzimmer, dessen Einweihung vorgestern am Landgericht gefeiert worden ist, undenkbar.

Nun kritisiert die CDU, daß wir an dieser Stelle ausdrücklich autonome Fraueninitiativen fördern wollen. Ich will Ihnen dazu zwei Dinge sagen, Frau van Dinther. Erstens: Jawohl, wir wollen hier - ich betone: hier - autonome Fraueninitiativen fördern, weil sie es sind, die seit Jahren auf unzureichender und unsicherer finanzieller Grundlage diese Arbeit parteiisch im Interesse von Mädchen und Frauen leisten,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und weil Sie es waren, die das Thema sexualisierte Gewalt gegen enorme Widerstände aus der Tabuzone geholt haben.

Zweitens. Die ausdrückliche Förderung von autonomen Fraueninitiativen hier an dieser Stelle und bei den autonomen Frauenberatungsstellen ist kein Verstoß gegen das Pluralitätsprinzip, sondern ist darauf ausgerichtet, in der Beratungsarbeit Pluralität herzustellen. Werfen Sie doch einmal einen Blick in die Prognos-Studie, die im Auftrag des MAGS zur Untersuchung der psychosozialen Beratungslandschaft in Nordrhein-Westfalen erstellt worden ist. Sie werden feststellen, daß in hohem Maße katholische und evangelische Familien- oder Lebens- und Eheberatungsstellen gefördert werden, in besonderen Bereichen, beispielsweise der Ausländerberatung, AWO-Einrichtungen, und daß erst mit den Frauenberatungsstellen und jetzt den Notrufen autonome Initiativen aus dem Frauenselbsthilfebereich hinzukommen und sich erst damit wirkliche Pluralität ergibt.

Neben der verstärkten Förderung von Notrufen wollen wir mit dem Haushalt 1998 einen zweiten Anlauf nehmen in bezug auf die Förderung einer landesweiten Fachstelle gegen organisierte sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen.

Bleibt noch zu erwähnen, daß wir auch im kommenden Jahr im Ausbau des Netzes an Frauenberatungsstellen weiter fortschreiten wollen. Vor allem im ländlichen Raum und in den großen Flächenkreisen gibt es noch Lücken. Die Erhöhung der Mittel soll aber auch dazu dienen, die Frauenberatungsstellen besonders zu fördern, die ein spezielles Angebot für Frauen und Mädchen mit Eßstörungen eingerichtet haben. Die Finanzierung dieser Angebote durch die Krankenkassen ist dank der Seehoferschen sogenannten Gesundheitsreform nicht mehr möglich. Auch hier Dank an Bonn, an diese vorausschauende Politik, die uns vor Ort einen Kahlschlag beschert.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Wie verhält sich nun die CDU insgesamt zu dem wichtigen Problemfeld "Sexualisierte Gewalt an Frauen, Mädchen, Kindern und Jugendlichen"? Ist sie bereit, Hilfsangebote für Opfer sexualisierter Gewalt finanziell zu unterstützen? Schließlich problematisiert sie ja nahezu täglich die angeblich zunehmende Gewalt in unserer Gesellschaft. Schließlich hat sie im vergangenen Jahr - Frau van Dinther hat noch einmal darauf hingewiesen - sowohl in bezug auf sexuelle Gewalt an Kindern

(C)

(D)

(Marianne Hürten [GRÜNE])

- (A) und Jugendlichen als auch in bezug auf Opferhilfe im Landtag Anträge vorgelegt und damit mehr direkte und indirekte Unterstützung gefordert. Ist sie jetzt bei den Haushaltsberatungen endlich bereit, diesen verbalen Verlautbarungen den zweiten Schritt, die Befürwortung entsprechender finanzieller Mittel, folgen zu lassen? - Nein. Wir haben es gerade gesehen und gehört: Das ist sie wiederum nicht.

(Regina van Dijnther [CDU]: Dazu habe ich doch etwas gesagt!)

An den meisten Koalitionsverträgen mäkelst sie rum - jawohl, Sie haben etwas dazu gesagt -, und auf eigene Anträge diesbezüglich hat sie auch dieses Jahr wieder verzichtet. Was schließe ich daraus? - Auch dieses Jahr ist den Kolleginnen und Kollegen von der CDU die Unterstützung der Opfer von Straftaten und insbesondere die Unterstützung von Opfern sexueller Gewalt keine müde Mark wert. Das spricht für sich und gegen die CDU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Frau Speth ist schon darauf eingegangen, daß die Koalitionsfraktionen auch nächstes Jahr bei der modellhaften Erprobung von Dienstleistungspools weiter voranschreiten wollen. Ich brauche das im einzelnen nicht mehr zu erläutern: Sie, Frau van Dijnther, haben im Ausschuß und im Plenum noch einmal erklärt, Sie wollten lieber privat organisierte Dienstleistungspools unterstützen, und damit die Ablehnung dieses Antrages begründet. - Das verstehe ich wirklich überhaupt nicht. Denn alle Träger der Modellversuche sind private Träger. Wir wollen keine staatlich organisierte Dienstleistung im Privatbereich. Uns geht es um die Erprobung von Konzepten. Und uns geht es auch darum, eine gewisse Unterstützung solcher Pools in der Startphase zu leisten in der Hoffnung, daß die Steuervorteile für die Beschäftigung von Haushaltshilfen in Privathaushalten bald auch von Dienstleistungspools genutzt werden können. Mag sein, daß wir mit dieser Hoffnung auf das Jahr 1998 warten müssen, bis ein Politik- und Machtwechsel in Bonn erreicht ist, aber die Dienstleistungspools unserer Modellversuche werden das überstehen, weil sie mehrjährig geplant sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Bemerkung zum Schluß! Bereits in diesem Jahr mußten wir die leidvolle Erfahrung machen, daß mühsam er-

- (C) rungene Mittel zur Förderung von Frauenprojekten der globalen Minderausgabe, dem Haushaltsstopp, dem Fallbeil, zum Opfer fielen. Auch die jetzt vorliegende Ergänzungsvorlage zum Haushalt 1998 sieht hohe globale Minderausgaben zur Abdeckung der Steuermindereinnahmen vor. Das Gleichstellungsministerium ist dabei überproportional belastet, weil keine der aus dem Haushalt des MGFm geförderten Aufgaben vom Finanzminister als Pflichtaufgabe betrachtet wird. Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, halten es nicht für akzeptabel, daß das Ministerium mit dem kleinsten Haushalt mit dem prozentual größten Haushaltsanteil für die globale Minderausgabe herhalten muß. Rund 87 % der im MGFm-Haushalt veranschlagten Mittel werden für die globale Minderausgabe herangezogen. Dabei bleibt dem Ministerium fast gar nichts anderes mehr übrig, als die Haushaltsbeschlüsse des Parlaments zumindest teilweise zu ignorieren.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Kollegin!

- (D) **Marianne Hürten (GRÜNE):** Ich komme zum Schluß; noch ein Satz. - Wir haben uns daher intensiv bemüht, mit der SPD-Fraktion eine Reduzierung der globalen Minderausgabe für das Gleichstellungsministerium zu vereinbaren. Wir sind beispielsweise der Auffassung, daß Frauenhäuser durchaus als Pflichtleistung zu betrachten sind und diese Titel zur Erwirtschaftung und Berechnung der globalen Minderausgabe nicht herangezogen werden sollten. Mit diesen Bemühungen sind wir leider gescheitert. Wir hätten dem Gleichstellungsministerium gerne darüber Erleichterung verschafft. Dadurch fallen einige Wehrmutstropfen in die ansonsten positive frauenpolitische Erwartung für das kommende Jahr und in die frauenpolitische Bewertung für diesen Haushalt.

Aber trotzdem werden wir mit dem Haushalt, den wir gleich verabschieden werden, und mit dem in Vorbereitung befindlichen Landesgleichstellungsgesetz positive frauenpolitische Signale 1998 von dieser Koalition aus ins Land geben. Das ist auch richtig und wichtig so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun Frau Ministerin Ridder-Melchers für die Landesregierung.

Ilse Ridder-Melchers, Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will es noch einmal betonen: Trotz der - hier zum Teil auch genannten - Schwierigkeiten und trotz der finanzwirtschaftlich schwierigen Bedingungen, unter denen das Land insgesamt steht, können wir mit den Regierungsfractionen feststellen, daß wir Frauenförderung auch 1998 auf hohem Niveau fortsetzen können.

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD] und bei den GRÜNEN)

Das ist richtig und gut so. Wir haben eine solide frauenpolitische Infrastruktur geschaffen, auf die wir gemeinsam stolz sein können, Frau van Dint-her, und um die uns viele andere Bundesländer wirklich beneiden.

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

(B) Wir haben in allen Regionen Nordrhein-Westfalens vom Land geförderte Einrichtungen, die sich um die berufliche Förderung von Frauen kümmern. Wir haben Einrichtungen, die sich darum kümmern, daß Opfer von Gewalt Schutz und Hilfe bekommen und Präventionsarbeit geleistet wird. Nun haben Sie, was die Fördersystematik meines Hauses angeht, einen Vorwurf gegen mich erhoben, den ich nicht ganz verstanden habe; vielleicht erklären Sie es mir noch einmal am Rande der Plenarsitzung. Aber ich bin mir sicher: Wenn Sie von Frauen bergeweise Beschwerden über mich bekämen, hätten Sie sie mir bestimmt schon einmal zugeleitet.

Was die befristete Förderung betrifft, hat Frau Speth schon darauf hingewiesen, daß wir bei den Notrufen keine Personalkosten-, sondern Projektförderung gegeben und in der Tat bereits vorher hinzugefügt haben, daß dieses angesichts der Haushaltssituation nur für drei Monate gelten kann.

Noch einmal: Wir haben eine gute Fraueninfrastruktur. Ich bin froh, daß wir sie im kommenden Jahr sichern und zum Teil ausbauen können. Daß das dringend erforderlich ist - ich glaube, wer gestern oder vorgestern die Sozialberichterstattung des Sozialministers zur Kenntnis genommen hat, wird dies nachvollziehen können.

(C) Immerhin fast die Hälfte aller Arbeitnehmerinnen in Nordrhein-Westfalen bezieht ein unterdurchschnittliches Einkommen. Das sind insbesondere die Frauen, die in haushaltsbezogenen Dienstleistungsberufen, im Nahrungs- und Genußmittelbereich und im Handel arbeiten. Das alles sind Arbeitnehmerinnen, die unterdurchschnittlich verdienen. Wenn wir uns die gesamte Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt anschauen, wissen wir, daß wir dringend gegensteuern müssen.

Unsere Regionalstellen leisten hier eine hervorragende Arbeit. Ich bin froh, daß wir dieses Netz von Regionalstellen in allen Regionen des Landes ausbauen konnten. Ihre Arbeit setzt genau dort an: den Frauen Existenzsicherung zu schaffen und die berufliche Förderung von Frauen voranzubringen - bei der Berufswahl, beim beruflichen Einstieg und Aufstieg, beim Wiedereinstieg in das Berufsleben und nicht zuletzt im Bereich der Existenzgründungen.

Ich will Ihnen in Zahlen nennen, was wir in den letzten Jahren insbesondere bei den Existenzgründungen erreicht haben. Auch bei der Landesförderung für Existenzgründungen liegt der Anteil der Frauen jetzt fast bei einem Drittel; ein Drittel des Förderungsvolumens geht jetzt an Existenzgründerinnen. Daran, daß im letzten Jahr die meisten Veranstaltungen, Seminare und Förderungen im Bereich der Existenzgründungen von unseren Regionalstellen "Frau und Beruf" im Lande organisiert wurden, wird deutlich, daß das eine gute Einrichtung ist, die wir im Interesse unserer Frauen im Lande erhalten sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

(D) Wir sehen, daß diese Stellen sehr gut mit der Wirtschaftsförderung und mit der Wirtschaft kooperieren. Das ist genau das, was wir erreichen wollen. Wir wollen die Wirtschaft für die Frauenbeschäftigung öffnen.

Lassen Sie mich noch etwas zur Gewalt gegen Mädchen und Frauen in unserer Gesellschaft sagen. Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und Mädchenhäuser sind nur ein Teil eines Konzepts der Landesregierung zur Bekämpfung der Gewalt gegen Mädchen und Frauen. Schutz und Hilfe stehen wirklich an erster Stelle, aber dies ist nur ein Teilbereich.

Wir sollten uns einig sein - das sage ich auch an die Adresse von Frau Hürten -, neue Förderungs-

(Ministerin Ilse Ridder-Melchers)

(A) tatbestände immer zu vernetzen mit den bestehenden Strukturen. Wir sollten keine neuen Strukturen schaffen,

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

sondern wirklich vernetzen. Das ist in der Sache sinnvoll und richtig.

Vor einigen Wochen habe ich eine Anhörung zu dem Themenbereich Gewalt gegen Mädchen und Frauen durchgeführt. Wir wollen die Ergebnisse der Anhörung auswerten und unsere Arbeit weiterentwickeln. Auch die Förderungstatbestände müssen sich an diesen Kriterien messen.

Besonders wichtig ist mir, die präventive Arbeit zu verstärken, damit Gewalt überhaupt keine Chance hat. Frau Speth hat darauf hingewiesen. Das heißt für mich, die Angebote zur Aufklärung, Information und Fortbildung von Fachkräften in Kindergärten, Schulen und Jugendhilfe zu verstärken. Ein erfolgreiches Beispiel sind unsere Selbstbehauptungskurse an Schulen, die ich im nächsten Jahr gerne fortsetzen möchte.

(Beifall des Ewald Groth [GRÜNE])

(B) Ich habe mich darüber gefreut, daß in diesem Jahr bereits die Forderung von den Schulen kam, parallel dazu Kurse für Jungen anzubieten. Mein Ziel ist ganz klar, neben die Kurse für Mädchen auch Angebote für Jungen zu setzen.

(Beifall des Ewald Groth [GRÜNE])

Gerade Jungen müssen ganz neu lernen, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Sie brauchen neue Leitbilder. Ich glaube, die traditionellen Bilder der Männlichkeit - das sage ich auch an die Kollegen hier im Landtag - taugen nicht mehr, sind nicht mehr zukunftstauglich. Wir brauchen neue Bilder für die Jungen. Hier könnten wir gemeinsam neue Projekte entwickeln.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Sie taugen manchmal nicht mehr, Frau Ministerin!)

- Herr Kollege Matthiesen, ich hatte gesagt: die alten, traditionellen; nicht die neuen Bilder von Männlichkeit, die Partnerschaft und Gleichstellung kombinieren. Das sind die neuen Bilder von Männlichkeit, die wir gemeinsam wollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir wollen nicht die alten, rückwärts gewandten, die wir haben. Insofern sollten und könnten wir gemeinsame neue Leitbilder entwickeln. Ich würde gern solche neuen Projekte fördern.

Nun hat Frau van Dinther kritisiert, daß wir den Landesfrauenrat so gering fördern. (C)

(Regina van Dinther [CDU]: Ja!)

Frau van Dinther, das stimmt nicht. Der Landesfrauenrat bekommt 40 000 DM Grundförderung und hat in jedem Jahr immer noch zusätzlich mindestens 20 000 oder 30 000 DM für bestimmte Aktivitäten bekommen. Zusätzliche Mittel waren immer vorhanden. Wenn dieser Landesfrauenrat bereit ist, Aktivitäten zu entwickeln wie zum Beispiel der Frauenrat in Baden-Württemberg, kann er auch weitere Fördermittel bekommen. Es gibt keine Einrichtung, die von mir so versorgt und umsorgt wurde wie dieser Landesfrauenrat.

(Beifall bei der SPD)

Darum haben wir uns sehr gekümmert. Fragen Sie meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie oft sie sich um diesen Verein gekümmert haben. Wir sind sehr offen, überhaupt nicht zimperlich - im Gegenteil. Aber ich denke, es kann keine Einbahnstraße sein. Auch der Frauenrat muß sich bewegen und sich für Frauen in diesem Lande offensiv einsetzen.

(D) Die großen Unterschiede in der Frauenpolitik in Bonn und in Düsseldorf sind ganz einfach festzumachen. In Bonn werden "schöne" Reden gehalten, da wird dumm geredet, kann man auch sagen, und wir handeln. Frau van Dinther, es ist so.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sehen Sie sich im Bereich der Arbeitsmarktpolitik an, was wir in Nordrhein-Westfalen machen, gerade auch für Frauen. Dann sehen Sie sich an, was die in Bonn machen. Frau Nolte hat noch nicht einmal verstanden, was sie den Frauen mit dem Arbeitsförderungsgesetz antut. Das ist das Schlimme. Sehen Sie sich den Bereich Existenzgründung an. Da wird schön geredet, und wir tun etwas.

Sie haben den Dienstleistungspool kritisiert. Blüm hat doch mit seinem Dienstleistungsscheck in der Tat einen Flop gelandet.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Er ist als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet.

Wenn ich das zusammenfasse - meine Redezeit ist gleich zu Ende, Frau Kollegin, ich will jetzt zusammenfassen -, was die in Bonn an Frauen-

(Ministerin Ilse Ridder-Melchers)

- (A) politik machen, kann ich nur sagen: Auf vielen Wegen Verschlechterungen, die insbesondere Frauen und Mütter treffen. Sie haben trotzdem keine Skrupel - das hat Herr Rüsenberg heute wieder getan -, auf der anderen Seite immer wieder das fromme hohe Lied der Familie zu singen und die besondere Bedeutung von Kindern hervorzuheben. Wie Sie das verbinden, ist wirklich toll. So eine Doppelzüngigkeit spricht für sich.

Abschließend kann ich für die Landesregierung sagen: Für uns ist Gleichstellungspolitik ein wichtiger Aufgabenbereich, keine Nischenpolitik, sondern Querschnittsaufgabe.

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

Wir haben zwei wichtige Felder: Frauenförderung im Beruf, Existenzsicherung für Frauen und Abbau von Gewalt gegen Frauen und Kinder. Auf diesen beiden Feldern werden wir konsequent weiterarbeiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Beratung.

- (B) Ich komme zur Abstimmung. Wer dem Einzelplan 11 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 12/2611 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 12/2602. Nach meinen Informationen ist eine Debatte nicht vorgesehen. - Das ist so.

Dann kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer dem Einzelplan 02 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 12/2602 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU so beschlossen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 09: Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 12/2609, eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Keller das Wort.

Ilka Keller (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Bereich der Europa- und Eine-Welt-Politik kamen von der Mehrheitsfraktion in den Ausschüssen keine Änderungen und Ergänzungen. Alles in Ordnung, könnte man meinen, nur: Die CDU hatte die Stirn, recht törichte Änderungsanträge zu stellen.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Sehr richtig: "törichte"!)

- "Törichte" - da kommen Sie jetzt so richtig aus sich heraus, Herr Matthiesen.

Ich werde Ihnen nun nicht all die Änderungen vortragen. "Töricht" waren unsere Anträge deshalb, weil wir tatsächlich geglaubt hatten, der Haushaltsentwurf sei ein Entwurf, über den man sprechen muß, aber kein Stein der Weisen, so daß man Änderungen tatsächlich hätte noch einbringen können. Daß das allerdings nicht gewollt war, will ich an zwei Beispielen einmal aufzeigen.

Ich erinnere an unsere Forderungen nach gezielter und gestraffter Förderung der Euregio-Grenzgebiete, die in der Tat bisher zu wenig Erfolg im grenzübergreifenden Kunden- und Warenverkehr verbuchen. Hier wären für die Wirtschaftsstruktur Nordrhein-Westfalens aus unserer Sicht einige Schätze zu heben. Ich zitiere, was der Geschäftsführer der Euregio, Herr Gabel, selbst mitgeteilt hat:

"Insbesondere die Überwindung psychologischer Barrieren, die Lösung alltäglicher Grenzprobleme und die Öffnung des Arbeitsmarktes bedürfen einer nachdrücklichen und dauerhaften Förderung. Denn die Lösung der durch die Staatsgrenze verursachten Probleme ist nicht nur eine lokale, sondern auch eine regionale und staatliche Aufgabe."

Weiter sagt er:

(C)

(D)